



**Woche der  
Meinungsfreiheit  
3. – 10. Mai 2026**

Frankfurt am Main/Berlin, 4. Mai 2026

## **Meinungsfreiheit stärken – Demokratie schützen: 5 Forderungen an die Politik**

*Gemeinsame Position des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels und des Deutschen Bibliotheksverbands e.V. (dbv) zur Woche der Meinungsfreiheit 2026*

Meinungsfreiheit ist kein Nebenschauplatz der Demokratie, sondern ihre Voraussetzung. Nur wo Menschen ohne Angst sprechen, widersprechen und sich informieren können, sind freie Meinungsbildung, gesellschaftliche Vielfalt und demokratische Teilhabe möglich. Doch dieses Fundament gerät zunehmend unter Druck: Große Plattformen nehmen immer mehr Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung, Desinformation wird gezielt gestreut und polarisiert die Gesellschaft. Akteure verlässlicher Informationen werden diskreditiert. Dies zerstört das Vertrauen in demokratische Verfahren und Institutionen sowie die Erkenntnisse der Wissenschaft. Werden Fakten als Grundlage für Diskussion geleugnet, wird Verständigung schwer und geraten Zusammenhalt und Demokratie ins Wanken. Das Toleranzparadoxon, wie Karl Popper es formulierte, verlangt deshalb von einer wehrhaften Demokratie, jenen Schranken zu setzen, die Offenheit als Einfallstor für ihre Zersetzung nutzen. Meinungsfreiheit endet da, wo die Menschenwürde verletzt wird und Hassrede und Hetze beginnen.

Verlage, Bibliotheken und Buchhandel schaffen Zugang zu Wissen, machen unterschiedliche Perspektiven sichtbar und stärken grundlegende Fähigkeiten für freie Meinungsbildung: Fakten von Fakes zu unterscheiden, Ambivalenzen auszuhalten und offen zu debattieren. Gleichzeitig bewegen sie sich in einem Spannungsfeld: Sie verteidigen die Freiheit des Wortes, intervenieren aber da, wo Meinungsfreiheit dazu genutzt wird, Unwahrheiten und Hass zu verbreiten.

Damit Verlage, Bibliotheken und Buchhandel diese Rolle ausfüllen können, braucht es eine Kultur- und Bildungspolitik, die ermöglicht und ermutigt. Kultur muss in ihrer vollen Bandbreite als schützens- und unterstützenswert begriffen werden – auch dort, wo sie irritiert, widerspricht oder Debatten auslöst. Meinungsfreiheit braucht Räume, Ressourcen und Rückhalt. Denn Bildung ist der Schlüssel für die informierte Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs und am kulturellen Leben.

### **Notwendige Schritte für eine pluralistische Gesellschaft und Kulturlandschaft:**

#### **1. Leseförderung verbindlich stärken**

Meinungsfreiheit braucht Informationszugang und Medienkompetenz. Zahlreiche Studien belegen, dass die Lesekompetenz bei Kindern und Jugendlichen schwach ausgeprägt ist. Sie muss deutlich verbessert werden, um freie Meinungsbildung und Chancengleichheit zu

ermöglichen. Hierfür ist eine gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern dringend erforderlich.

## **2. Medienkompetenz systematisch stärken**

Wer Meinungsfreiheit stärken will, muss Medienbildung verbindlich verankern: in Kitas, Schulen, außerschulischen sowie universitären Bildungsorten. Informations- und Nachrichtenkompetenz, Quellenkritik, Urheberrecht, Datenschutz sowie der reflektierte Umgang mit KI und Plattformlogiken brauchen praxisnahe Vermittlung.

## **3. Plattformen in die Verantwortung nehmen**

Digitale Plattformen und KI-Anbieter müssen gesetzlich verpflichtet werden, Transparenz herzustellen und gegen Hass und Hetze wirksam vorzugehen. Deepfakes, Fake News und politische Einflussnahme müssen wirksam eingedämmt werden. Zugleich müssen Rechteinhaber gestärkt werden.

## **4. Offene Kulturräume stärken – durch planungssichere, politisch unabhängige Förderung**

Wer kulturelle Vielfalt im Diskurs großschreibt, muss offene Kulturräume stärken und Vielfalt fördern. Verlage, Bibliotheken und Buchhandlungen sowie andere Institutionen und Initiativen brauchen gezielte Unterstützung durch planungssichere, politisch unabhängige Förderung; Zweifel an unabhängigen Juryentscheidungen wie zuletzt beim Deutschen Buchhandlungspreis sind hier ein fatales Signal. Wo Politik verfassungsrechtliche Bedenken sieht, braucht es öffentlich nachvollziehbare Begründungen – keine intransparenten Anschuldigungen. Denn Intransparenz nährt den Verdacht politisch motivierter Einflussnahme und erzeugt einen Einschüchterungseffekt, der Selbstzensur, Rückzug und weniger öffentliche Debatte zur Folge hat.

## **5. Bildungsakteure gegen Desinformation rechtlich stärken**

Bibliotheken bieten ein kuratiertes Medienangebot an, bei dessen Auswahl sie frei von Weisung fachlichen Standards folgen. Um ihrem Bildungsauftrag gerecht zu werden, müssen sie die Möglichkeit haben, Medien zu kontextualisieren. Sowohl positiv durch Empfehlungen als auch kritisch auf Grundlage transparenter fachlicher Standards, etwa wenn gezielt Desinformation verbreitet wird. Dafür braucht es ein klares rechtliches Mandat.